

Neonazistische Übergriffe in der KZ-Gedenkstätte Ebensee Stellungnahme der ÖLGR/F 28. Mai 2009

Bundeskanzler Faymann hat mit seiner Erklärung vom 18. Mai 2009 versucht, die FPÖ und insbesondere Strache in die Schranken zu weisen. Es war höchst an der Zeit, auf die Provokationen und Angriffe der letzten Wochen zu reagieren, egal ob diese von Jugendlichen oder von PolitikerInnen kommen.

Die Äußerung von Innenministerin Fekter, die von zunehmenden gegenseitigen Provokationen linker und rechter AktivistInnen sprach, ist eine unerträgliche Beleidigung aller Verfolgten des Naziregimes. Denn es kann nichts anderes bedeuten als: Gäbe es kein aktives Gedenken, dann blieben auch rechtsextreme Übergriffe aus! Die eindeutig neonazistischen Übergriffe in Ebensee mit angeblichen linksextremen Ausschreitungen in Verbindung zu bringen, ist eine grobe Verharmlosung, die aufs Schärfste zurückgewiesen werden muss.

Jetzt alles auf eine nicht ausreichende politische Bildung der Jugendlichen in den Schulen zu schieben, ist ein Ablenken und Abwälzen der Verantwortung auf die Schule. Die wohl wichtigste Form der Erziehung ist das vorgelebte Beispiel von der gesamten Gesellschaft und auch der Politik.

Solange rassistische, antisemitische und antiislamische Wahlslogans, wie sie derzeit von der FPÖ affiziert werden, stillschweigend toleriert werden und solange eine Mehrheit von Nationalratsabgeordneten einen Herrn Graf zu einem Präsidenten des Österreichischen Parlaments wählt, fühlen sich Politiker wie Strache und dessen AnhängerInnen nur bestätigt. Mehr noch, dieses Gedankengut gilt damit als gesellschaftsfähig und demokratisch.

Die jüngsten Attacken von Martin Graf gegenüber Ariel Muzicant, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, sind

unerträglich, die Rechtfertigungsversuche Grafs infam. Die ÖLGR/F fordert daher in aller Deutlichkeit den sofortigen Rücktritt des Dritten Nationalratspräsidenten.

Alle politischen Parteien sind aufgefordert, diesem Rechtsruck entgegenzutreten. Allen voran muss Innenministerin Fekter als zuständige Ministerin sowohl für die Polizei wie auch für die KZ-Gedenkstätte Mauthausen und der ehemaligen Außenlager von Beginn an und immer wieder klare Worte gegen Rechtsextremismus und Neonazismus finden und geeignete Maßnahmen setzen.

Nur so kann die Vertrauenswürdigkeit der sich als demokratisch bezeichnenden PolitikerInnen wieder hergestellt werden und diese der Jugend ein Beispiel sein. Das wäre der wichtigste Schritt zur politischen Bildung und zur politischen Verantwortung. Mittlerweile hat sich Ministerin Fekter wenigstens bei all jenen, die sich durch ihre Aussage beleidigt gefühlt haben mögen, entschuldigt, was allerdings bedeutet, dass sie von ihrer Verknüpfung von neonazistischen mit angeblich linksextremen Ausfällen nicht Abstand nimmt; auch die jugendlichen Täter, so ist zu lesen, sind bereit, sich bei den Opfern ihrer Angriffe persönlich zu entschuldigen. Wir sehen es als wichtige Aufgabe aller ÖsterreicherInnen, durch ihr Engagement und ihr persönliches Einstehen ein Klima zu schaffen, das dazu beiträgt, Vorkommnisse wie in Ebensee zu verhindern.

Die Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen ruft alle MitbürgerInnen auf, durch ihr eigenes Eintreten, Einstehen und Wahlverhalten rechtsextremen Tendenzen wie auch deren Verharmlosung entschieden entgegenzutreten.

„Wehret den Anfängen“

... ist eine Forderung, die wir immer wieder lesen und hören, die jedoch leider nicht mehr der Realität entspricht. Die Vielzahl der Provokationen, die wir fast jeden Tag erleben und die immer frecher werden, erfordern, dass man ihnen auf andere Art und Weise entgegnet.

Seit der völlig unverständlichen Wahl des Herrn Graf zum 3. Präsidenten des Österreichischen Nationalrats hören wir ein ständiges Jammern, man könne ja nichts machen, er wäre ja demokratisch gewählt worden. Die Tatsache, dass jemand demokratisch gewählt wurde, macht den Betreffenden noch lange nicht zu einem Demokraten. Dafür gibt es genügend Beispiele aus der Geschichte, nicht nur in Deutschland, auch bei uns in Österreich.

Es wäre an der Zeit, dass man diesen Provokationen mit entsprechender Schärfe entgegentritt.

Ob es sich um die frechen Störversuche bei der Gedenkfeier in Ebensee handelt, die versuchten Verunglimpfungen der Wehrmachtsdeserteure als „Kameradenmörder“, die Gleichsetzung von Abtreibung und Holocaust, das Benehmen von gänzlich unvorbereiteten Jugendlichen bei einem Besuch in Auschwitz, die Schmieraktion an der Außenmauer in Mauthausen etc. etc. sind die eine Seite und die milden Entschuldigungen der zuständigen Institutionen sind die andere Seite, so dass man die Öffentlichkeit immer mehr daran gewöhnt, solche unerträgliche Handlungen als alltäglich zu akzeptieren und den Boden für eine ganz rechtsextreme Politik vorbereitet.

Es geht um den Umgang mit MigrantInnen, mit AsylwerberInnen, Muslimen – und die nächsten Schritte sind dann die Abschaffung der Kollektivverträge, Kürzung von Renten, von Löhnen durch verlängerte Arbeitszeiten, reduzierte Lohnfortzahlungen und gipfelt in der verschleierte Feststellung, es gäbe zu viele alte Menschen. Wir haben ja schon erlebt, wie man Menschen loswird.

Die Opferverbände müssen versuchen, gemeinsam mit anderen NGOs und mit den Gewerkschaften diesen Tendenzen schärfer entgegenzutreten und geeignete Aktionen, unabhängig von parteipolitischen Erwägungen, durchzuführen.

Wir haben bereits mehr als nur Anfänge, gegen die man sich wehren muss.

Lotte und Hugo Brainin